

Ausrufung des Klimanotstandes in Weissach

Begründung

Wir befinden uns in einer Klimakrise. In einer für unser Leben bedrohlichen Krise. Die Gletscher schmelzen jetzt schon schneller als es die Wissenschaftler uns für 2070 Jahren vorhergesagt haben. Texas, Indien, Pakistan, Sierra Leone, Nigeria und Nepal stehen unter Wasser. Italien, Frankreich, Spanien, Schweiz, Ungarn, Polen, Rumänien, Bosnien, Kroatien, Süd-Kalifornien, San Francisco und Serbien werden von einer Hitzewelle erfasst. Der Amazonas brennt. Die Arktis brennt. In 10 Jahren könnte sie eisfrei sein. Im Jahr 2040 werden ca. 200 Millionen Menschen aufgrund der Klimafolgen auf der Flucht sein. Wir haben ein Artensterben nie gekanntes Ausmaßes. Heute summen und brummen über 75% weniger Fluginsekten als 1990 in Deutschland. Wissenschaftler*innen warnen immer dringlicher: Das Zeitfenster, das uns noch bleibt, um unsere Lebensgrundlage auf Dauer zu sichern, schließt sich rasant. Das Tempo, das momentan beim Klimaschutz an den Tag gelegt wird, reicht bei weitem nicht aus, um uns, jungen Mitbürger*innen eine sichere Zukunftsperspektive zu bieten. Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist es deshalb zwingend erforderlich, schnellstmöglich große Emissionsreduktionen zu erreichen, bereits angehäuften Versäumnissen aufzuholen und kommenden Generationen ihre Handlungsspielräume zu bewahren.

Es liegt in der Verantwortung der Kommune, ihre gesamte Gestaltungsmacht auszunutzen, um der Notwendigkeit und Dringlichkeit der Klimakrise gerecht zu werden und diese endlich als das zu behandeln, was sie ist: eine existentielle Krise.

Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgas-Emissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Die Klimakrise ist nicht nur ein Umweltproblem: Sie ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Gesundheits- und Artenschutzproblem und eine Gefahr für den Frieden.

Auch die Gemeinde Weissach steht in der Pflicht im Rahmen ihres Wirkungskreises, ihre Möglichkeiten auszuschöpfen und ihren Beitrag zum Schutz eines stabilen Klimas auf der Erde zu leisten.

Begriffserklärung: „Klimanotstand“ (engl. ‚climate emergency‘) ist eine Erklärung politischer Entscheidungsgremien, bisher in der Schweiz, im Vereinigten Königreich, Kanada, Australien, den Vereinigten Staaten von Amerika, aber mittlerweile auch in weit über 50 Städten und Gemeinden in Deutschland die Erkenntnisse des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) zur Grundlage politischer Entscheidungen zu machen und die Klimakrise öffentlich als Aufgabe höchster Priorität anzuerkennen. Die Erklärung dient dazu, alle Kräfte aus Politik und Bevölkerung zu bündeln, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten. Es geht dabei also nicht nur um die daraus folgenden Entscheidungen des Gemeinderates, sondern um einen breiten öffentlichen Aufruf zur Transformation unserer Kommunalgesellschaft – hin zu einem klimaneutralen also zukunftsfähigen Lebensstil.

Resolution

Der Weissacher Gemeinderat

1. beschließt auf Antrag des Bürgermeisters noch in 2019 die Erklärung des Klimanotstands für Weissach. Der Gemeinderat und die Verwaltung erkennen damit an, dass die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen eine Aufgabe von höchster Priorität ist. Ziel ist es, die Klimaneutralität für Weissach bis zum Jahr 2030 zu erreichen;
2. berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Alle künftigen Beschlussvorlagen und Antragsformulare werden zur Dokumentation der Auswirkungen von Maßnahmen auf die Klimakrise und auf das Artensterben erweitert;
3. fordert den Bürgermeister auf, dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit alle sechs Monate über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten;
4. fordert auch den Landkreis Böblingen, das Land Baden-Württemberg, die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union auf, dem Weissacher Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen;
5. erstellt einen kommunalen Klimaschutzplan im Einklang zum Pariser Klimaschutzabkommen;
6. beschäftigt sich schnellstmöglich mit den unten aufgeführten möglichen Maßnahmen zur Beschleunigung des Klimaschutzes in Weissach

Folgende Maßnahmen werden auf der Grundlage des erklärten Klimanotstands noch 2019 in den Gemeinderat eingebracht, sofort umgesetzt oder initiiert:

- Städte-/ Gemeindeparterschaften bilden
 - A. Einen Klimarat mit den umliegenden Gemeinden ins Leben rufen bzw. das Thema in bereits etablierten Runden auf die Agenda nehmen. Muß-Punkt auf der Agenda. Ziel soll sein, Maßnahmen und Verbesserungen zu identifizieren, die allen Gemeinden gemeinsam sind und die damit auch eher / leichter finanziert werden können. Dies kann Aufforstung, Landwirtschaft oder Gewässerschutz betreffen, z.B. gemeinsam für die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft einzutreten und die ggf. leichter zu erreichen
 - B. Partnerschaft mit Marcy l'Etoile bzgl. Klimaschutz ausbauen
 - C. Partnerschaften mit afrikanischen Gemeinden aufbauen, um Klimaschutz dort zu unterstützen
 - D. Mitglied bei Fairtrade-Towns.de werden und so einen Beitrag für Nachhaltigkeit leisten
 - E. Überregionales Carsharing mit Stellplätzen in W.-F. ermöglichen
- Solarpflicht für Neubauten (im Rahmen von Kaufverträgen, Erbbaurechtsverträgen und gemeindebaulichen Verträgen)
- Auftrag an die Verwaltung, verschiedene Varianten für ein Anreizprogramm der Gemeinde Weissach zur „Energetische Gebäudesanierung und Photovoltaik für private Ein- und Mehrfamilienhäuser (Bestandsgebäude und Neubauten)“ zu erarbeiten
- Die Teilnahme am European Energy Award. Damit setzt die Gemeinde Weissach ein sichtbares Zeichen für das kommunale Engagement bei Klimaschutz und Energieeffizienz (<https://www.european-energy-award.de/>)
- Die Einrichtung und Ausschreibung einer Vollzeitstelle „Energie- und Klimaschutz“
- Die Umbenennung des „Technischen Ausschuss“ in „Ausschuss für Klima, Umwelt und Technik“
- Lokale Energieversorgung mit dem Ziel der Klimaneutralität durch Windenergieanlage, Solarkraftwerk, usw. vorantreiben
- Die Beauftragung eines Fachbüros zur Ermittlung von Flächenpotenzialen für die Errichtung und den Betrieb von Freiflächensolaranlagen auf Weissacher Gemarkung
- Alle öffentlichen Gebäude werden mit Strom aus 100 % erneuerbaren Energien versorgt
- Alle öffentlichen Gebäude werden unter Berücksichtigung der Emissionsneutralität saniert

- Der Fuhrpark der Gemeinde Weissach wird bis Ende 2030 sukzessive auf emissionsfreie Fahrzeuge umgestellt. Neufahrzeuge werden ab sofort nur noch mit emissionsfreiem Antrieb beschafft. Neubeschaffungen werden so lange zurückgestellt, bis Ersatzfahrzeuge mit emissionsfreiem Antrieb am Markt angeboten werden. Außerdem geht die Gemeindeverwaltung in der Mobilität durch die vermehrte Anschaffung von Job-Rädern mit gutem Beispiel voran
- Sowohl in den Schulen, als auch Kindergärten wird den Kindern und Jugendlichen in regelmäßigen Abständen der Umgang mit Klimaschutz näher gebracht
- Die Gemeinde erarbeitet Wege, die Gemeinde „fahrradfreundlicher“ zu machen
- Den Auftrag an die Verwaltung, eine Vereinbarung mit dem zuständigen Verkehrsverbund zur kostenfreien ÖPNV-Nutzung für die Bürgerinnen und Bürger von Weissach in voller Konsequenz abzuschließen
- Die Gemeinde erteilt Zertifikate und unterstützt Firmen und Vereine aktiv, wenn diese sich für den Klimaschutz einsetzen. Über die Vergabe entscheidet ein Gremium aus Gemeinde und Zivilgesellschaft
- Die Gemeinde schafft wieder Blühstreifen an den Straßenrändern und verzichtet auf unnötige Mähungen auf öffentlichen Flächen in Spätfrühjahr und Sommer
- Die Gemeinde fordert und fördert Bienenweiden auf Boden und Dächern
- Der Flächennutzungsplan wird überarbeitet.
 - A. Der Gemeinderat erkennt die Wichtigkeit von: Klimaschutz, gesetzlich geschützten Arten, gesetzlich geschützten Habitaten, des Biotopverbundes, FFH-Gebieten in seinem Flächennutzungsplan endlich an
 - B. Obwohl der Flächennutzungsplan Weissach 2035 rechtskräftig ist, verzichtet die Gemeinde Weissach b.a.w. auf die Erschließung neuer Bau- und Gewerbegebiete und erarbeitet stattdessen alternative Entwicklungsmöglichkeiten. Die Gemeinde leistet damit einen Beitrag existentieller Wichtigkeit zum Klimaschutz, Artenschutz, Bodenschutz und Biotopverbund
 - C. Auf die zukünftige Bebauung von Ackerflächen wird in Zukunft weitestgehend verzichtet
- Das von der Gemeinde gebuchte Essen für öffentliche Gebäude und Belange wird an biologischen, regionalen, saisonalen sowie Fairtrade Produkten ausgerichtet
- In örtlichen Bauvorschriften und Bebauungsplänen ein Verbot von Schottergärten festschreiben, das auch ein Umwandlungsverbot bestehender Grünflächen beinhaltet. In neue Bebauungspläne wird eine Formulierung in Anlehnung an §9 Abs. 1 LBO integriert, um festzuschreiben, dass lose Stein-/Materialschüttungen nicht zulässig sind. Die fachgemäße Umsetzung des Grünordnungsplans wird überprüft, durchgesetzt und bei Nichteinhaltung sanktioniert. (<https://lnv-bw.de/anpacken-fuer-die-artenvielfalt-und-stadtklima-schotter-raus-blueten-rein/>)

- Das Land Baden-Württemberg fördert mit hohen Summen die Beschaffung von Elektrobussen (<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/politik-zukunft/elektromobilitaet/foerderung-elektromobilitaet/e-bus/>). Die Gemeinde Weissach geht deshalb aktiv auf das für den regionalen Busverkehr zuständige Unternehmen, Firma Wöhr-Tours, zu. Es soll ein Projektplan erarbeitet werden, um die Busflotte, die von der Firma Wöhr-Tours im regionalen Busverkehr eingesetzt werden, vollständig auf Elektrobusse umzustellen, im Hinblick auf die Erreichung des Ziels der Klimaneutralität von Weissach bis zum Jahr 2030
- Das Land Baden-Württemberg will in den kommenden Jahren das Angebot im öffentlichen Nahverkehr deutlich steigern. Dazu gehört auch die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken. Im Reaktivierungsprogramm ist auch die Strecke Heimerdingen – Weissach aufgeführt. Die Gemeinde Weissach beteiligt sich aktiv an der Machbarkeitsstudie. (<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/minister-hermann-stillgelegte-bahnstrecken-mit-hohem-fahrgastpotential-reaktivieren/>)
- Verbot von (Plastik-) Einweggeschirr auf allen öffentlichen Veranstaltungen auf der Gemarkung der Gemeinde
- Gemeindeblatt erweitern um eine Rubrik „Tipps zu umweltgerechtem Verhalten“ – hier soll es
 - A. Experten-Tipps geben zu: Ernährung, Wohnen, Gartengestaltung, Verkehrsverhalten, persönlichem CO₂ Fußabdruck, usw.
 - B. Berichte erfolgreich umgesetzter Maßnahmen geben

**Über weitere Vorschläge der Gemeindeverwaltung würden wir uns sehr freuen!
 Es bleibt uns keine Zeit mehr!
 Lassen Sie uns das Thema gemeinsam anpacken!
 Wir zählen auf Sie!**